

Die Durchführung der Verordnungen wird für Berlin er-
wünscht sein, und in anderen Städten und deutschen Lan-
desstädten durchzuführen. Die Ordnung der Fron-
ten und politischen Verhältnisse bleiben besonders
Beachtung verdienen.

Rechtliche. Die aus der Ausgabe in der heutigen
Nummer ersichtlich ist, veranlaßt der hiesige Frauenver-
ein am 20. d. Mts. wieder einen Wohltätigkeitsabend. Es
haben zwei Ausführungen mit vollkommenem Erfolg ge-
stattet. Am Abend einen zu großen Andrang zu
verzeichnen, ist der Besuch nachmittags besonders den
Männern der Kleinen sehr zu rufen, die ihren Kindern ganz
ein Vergnügen bereiten wollen.

Dresden. Die mitgeteilt wird, sind für die Ver-
fertigung der Verhältnisse auf dem hiesigen Fernspreckamte
die notwendigen Maßnahmen eingeleitet worden, deren
Durchführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ge-
sichert wird.

Dresden. Ein großer Teil des Flugplatzgeländes
in Dresden-Nord ist als Wiese, Feld und Kleingärten
an Partei- und Gemeinbau nachweislich sofort vergeben
werden.

Wirtschaftsberichterstattung. Der hiesige A- und S-Rat nahm
letzten vor dem Weihnachtsfeste eine Kontrolle der Wägerei-
betriebe in der Stadt vor, um festzustellen, inwiefern
sich die an ihn ergangenen Anzeigen der getriebenen Stoffen-
betriebe bewahrheitet haben. Dabei wurde ein ganz überaus
gutes Ergebnis erzielt. Bei einzelnen Betrieben fand man 30
bis 40 Stck, bei einem sogar 88 Stcken, dazu noch eine
Menge Sachen, was bei der geringen Größe der Stadt
einmal bezeichnen will.

Wirtschaftsberichterstattung. Über die Gefahr einer Besetzung
Aitauß und der benachbarten Gebiete durch die Tschechen laufen
die hiesigen Gerüchte um. Dazu wird von ausländischer
Seite folgendes mitgeteilt: Die Vorgänge an der säch-
sischen Grenze erfordern naturgemäß dauernde und sorg-
fältige Aufmerksamkeit durch die sächsischen militärischen
und Verwaltungsbienstellen. Es darf aber nach wie vor
gesagt werden, daß die Tschechen sich nicht zu Unflugsbehren
und Unvorsichtigkeiten verhalten lassen werden. Die
Aufnahme diplomatischer und kommerzieller Beziehungen
zwischen Sachsen und dem Tschechienlande zeigt auch auf
sächsischer Seite den Wunsch nach friedlichem Nebenein-
anderleben. Sollten aber unvorhergesehenere Gegen-
stände auf tschechischer Seite die Oberhand gewinnen,
so würde der Versuch eines Vordringens auf reichsdeutsches
Gebiet selbstverständlich als feindselige Handlung mit allen
Mitteln nicht nur des Bundesstaates Sachsen, sondern
auch des Deutschen Reiches bekämpft werden.

Wirtschaftsberichterstattung. Eine eigenartige Wandlung hat die hiesige
Deutsch-demokratische Partei durchgemacht. Ursprünglich
als Bürgerausschuß gegründet, ging aus diesem die Deutsch-
demokratische Partei Pausen Stadt und Land hervor, welche
eine Kampfpolitik aller bürgerlichen Kreise für die kom-
menden Wahlen beabsichtigte. Dadurch aber, daß in ihr
eine große Zahl rechtsstehender Männer vertreten war,
erlebte sich bester Widerstand, der die Rechtsstehenden
veranlaßte, sich abzuspaltern und der Deutsch-nationalen
Partei beizutreten, welche am Montag hier gegrün-
det wurde.

Chemnitz. Das hiesige Tagesblatt schreibt: Der in
der Nummer des „Chemnitzer Tagesblattes“ vom 1. Februar
veröffentlichte Warnbefehl des Arbeiter- und Soldaten-
rates, dem zufolge alle Militärpersonen der Trupps
1896-99, die den in Chemnitz garnisonierenden Regimen-
tern u. Truppsangehörigen angehören, Befehl erhielten, sich
in ihren Quartieren und Quartieren einzufinden, um eben-
falls zur Verhinderung des Grenzübertritts abzugeben, da die
Gefahr eines tschechischen Grenzübertritts nach Sachsen be-
stehe, hat allgemeine Aufregung und vielfach Verunsicherung
in der Bevölkerung erregt. Nach von und an unabhängiger
Seite eingeschlagene Erkundigungen können wir mitteilen, daß
Veranlassung zur Verunsicherung nicht besteht. Die Militär-
behörden sind durch entsprechende Nachrichten zu dem
erwähnten Warnbefehl veranlaßt. Es hat sich inzwischen ergeben,
daß von einem erfolgten oder auch nur geplanten Einmarsch
der Tschechen in sächsische Landesteile nichts bekannt ge-
worden ist. In Chemnitz wird gleichwohl, um für alle Fälle
gerüstet zu sein, ein Polizeikommando in Marschbereitschaft ge-
halten. Es sei aber nochmals hervorgehoben, daß dies nur
geschieht, um von etwaigen unautorisierten Grenzüber-
tritten in keiner Weise abzuwehren zu können.

Chemnitz. Der Rat hat den sächsischen Beamten,
Lehrern, Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen, auch
denen im Ruhestand und den Hinterbliebenen solcher, eine
monatliche Teuerungszulage in der Höhe und nach den
Grundsätzen der letzten Teuerungszulage bewilligt.

Chemnitz. Am 1. Februar fand die feierliche Ver-
schiebung des für Chemnitz neu aufgestellten militärischen
Ehrenkreuzes statt.

Leipzig. Der kleine Fabrikant Friedrich Karl
Reich ist in Brandersdorf, wo er in seinem Elternhause zu
seinem 70. Geburtstag gefeiert worden. Als er
am Anschlag des Bundes den Schwerefall des Eltern-
hauses beirat, um nach der Ursache zu forschen, wurde er
von einem Wundarzt, der unerkannt entkam, erschossen.
Auf die Vergrößerung des Wundars ist eine Belohnung von
500 Mark gesetzt worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Krankentafeln und Ärzte. Aus dem Reichs-
arbeitsamt wird mitgeteilt: Mit Ende dieses Jahres läuft
eine große Zahl der von den Krankentafeln mit ihren Ver-
trägen geschlossenen Verträge ab. Um da, wo bisher keine
Einkünfte der neuen Vertragsbedingungen erzielt wer-
den konnte, den Eintritt eines vertragslosen Zustandes zu
vermeiden, empfiehlt sich eine Vereinbarung der Tafeln
mit ihren Ärzten, wonach die letzteren die Behandlung der
Krankentafeln vorläufig auf die Dauer eines Jahres
unter den alten Bedingungen, aber mit dem Vorbehalt
fortsetzen, daß durch Schiedsgericht die Bedingungen um
10 bis 30% v. H. heraufgesetzt werden. Eine Verordnung
des Rates der Reichsversicherungsanstalten erleichtert den Tafeln,
die sich trotz eines Anerbietens dieser Art mit ihren Ärzten
nicht einigen können, die Erlangung des im § 370 der
Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Rechts, den Tafeln
den ärztlichen Behandlung zeitweise eine
Ergänzung zu gewähren, damit diese sich dann ärztliche
Hilfe unmittelbar verschaffen können.

**Bewirtschaftung des Ostpreußen-
verkehrs.** Über den schon in nächster Zeit in Deutsch-
land beginnenden Verkehr der Luftpost und der Personen-
beförderung werden von der Generaldirektion Nord-
deutschlands über den Luftverkehr folgende Mitteilungen
gemacht: Über ganz Deutschland wird sich ein Luft-
verkehr ausbreiten, und diejenigen Hauptverkehrsstraßen,
die bereits flugfähig sind, werden ausgebaut. In
Frage kommen Ostpreußen- und Prachtlinien sowie Ver-
bindungen. Schon in den nächsten Wochen soll die Be-
kanntheit des Verkehrs und der genauen Betriebsbedingungen
erfolgen.

Soll Norddeutschland dänisch werden?

Aus Norddeutschland wird uns geschrieben:
Wie die Polen auf die Ostmark, so machen jetzt auch
die Dänen Anspruch auf Teile Schleswig-Holsteins, mit
der Begründung, daß dort vorwiegend dänische Bevölke-
rung wohne. Das nach dem Selbstbestimmungsrecht der

Völker Urrecht gelte, wenn sie bei Deutschland bleibe.
Die rassistisch angelegte dänische Propaganda hat dafür
Gorge getragen, daß diese Begründung auch aufstellung
eines großen Teiles des deutschen Volkes geworden ist.
In der hiesigen Presse und hiesigen Politik treten offen
hierauf ein, die norddeutsche Frage müsse im dänischen
Sinne gelöst werden. Es ist darum dringend notwen-
dig zu untersuchen, ob tatsächlich Norddeutschland
dänisch ist und dänisch werden will. Zu erfahren, ob die
dänische Bevölkerung in Schleswig-Holstein, dafür sind
die Zahlen der Reichstagswahl ein ziemlich zuverlässiger
Maßstab. In den fünf nördlichsten Kreisen Flensburg,
Apenrade, Sonderburg, Dänisch-Flensburg, Tondern, wo dänisch
gesprochen wird, wurden 1912 86 650 Deutsche und
17 800 dänische Stimmen abgegeben. Das Deutsche ist
also in der Mehrheit.

Aber auch im geschichtlichen Sinne ist das Recht nicht
auf Seiten Dänemarks. Die alten schleswig-holsteinischen
Landesrechte von 1460, die bis zum heutigen Tage un-
verändert geblieben sind, lauten: Schleswig und Hol-
stein sind selbständige Staaten. Der Mannesstamm
beruht in den Herzogtümern. Schleswig und Dänemark
sind seit miteinander verbundenen Staaten. Im Jahre
1864 wurde über die Teilung des Herzogtums Schles-
wig auf dem europäischen Kongress in London beraten,
jedoch ergebnislos. Aber der Wunsch nach Trennung
ging nicht etwa von den Nordschleswigern aus. Im
Gesamt. Am 17. Februar 1864 erschien eine dänische
Abordnung beim Herzog, die ihm bot, nimmer
auszutreten, daß sie von ihren Brüdern im Süden abge-
trennt werde. Magistrat und Deputiertenkollegium in Dänemark
legten am 3. April 1864 Verwahrung dagegen
ein, daß die Mächte Schleswig teilen wollten, da
die Teilung „auch von der dänischen wohnenden Bevölkerung
Nordschleswigs als das größte Unglück angesehen werde.“
Die dänische Bevölkerung protestierte in ähnlichem Sinne.
Das 1864 als das größte Unglück von der Bevölkerung
Nordschleswigs empfunden wurde, kann heute unmöglich
Recht sein. Es ist darum Pflicht der deutschen Regierung
und der sächsischen Volksvertretung, für dieses einwand-
frei auf deutscher Seite stehende Recht einzutreten und
die dänischen Ansprüche zurückzuweisen. Sie haben da-
für zu sorgen, daß das in tausendjähriger Geschichte eng
zusammengehörnde Schleswig-Holstein nicht getrennt
wird.

Die Rohstoffversorgung der Zukunft.

Der Krieg hat in jenen Ländern, die entweder überhaupt
keine eigene Erzeugung der wichtigsten Rohstoffe haben,
oder deren durch die Schwierigkeiten des Krieges die
Möglichkeit erlosch war und noch erlosch ist, sich aus
den überseeischen Kolonien mit Rohstoffen zu versorgen,
eine fast völlige Erschöpfung dieser Bestände herbeigeführt. Der
Knappheit der Rohstoffe in Europa heißt aber einleuchtend in
den verschiedenen überseeischen Produktionsländern gegen-
über. B. Tropen-Gelbe führt in der von Dr. Paul Cohn um-
schrieben geleiteten und durch ihre deutsch-freundliche Haltung
sympathischen Züricher Zeitschrift „Das neue Europa“ für
diese Behauptung einige Beweise an: So wurde in Nieder-
ländisch-Indien von sächsischen Java-Sukkerfabrikanten eine
Vereinigung gebildet, die bis 1920 gilt und den gänzlichen
Verzicht des Java-Sukkers übernimmt. Eine ähnliche Dis-
position wurde von den Gummiproduzenten angeregt, die eine
Ausfuhr-Verzinsung, eine Beschränkung der Ernte und
Maßnahmen zur Deutung des Verkaufserlöses anstreben.
Überdies soll durch Errichtung einer Hilfskulturbank den
Ladest., Tee- und Gummiproduzenten in ihren Schwierigkeiten
zu Hilfe kommen werden. Der Weltkrieg hat weiter be-
wiesen, daß ungeheure Mengen, Millionen von Säcken Kaffee-
nugeln aufgehoben bleiben und ein völliger Verfall der
Staatsfinanzen in den südamerikanischen Republiken droht.
Schließlich die Situation auf dem nordamerikanischen Baum-
markt, wo gleichfalls eine umfassende Hilfsaktion ein-
setzte, um eine tiefgehende Entwertung zu verhindern, er-
wartet man das, daß gerade Amerika nach dem Kriege ein
Krisenjahr sein werde, den die Länder kaufen müssen. Hilfs-
maßnahmen zur Vermeidung tiefgehender wirtschaftlicher
Krisen in den Ursprungsländern der Rohstoffe sind es
auch, wenn die englische Regierung durch eine besondere Be-
hörde alle die großen Kolonialländer in ihren Kolonien und
Dominionen veranlaßt, ferner wenn die diesjährige Schatz-
in Australien und Neuseeland im Einverständnis mit London
durch die australische Regierung aufgekauft und eingelagert
wird, bis diese selbst über die Ware verfügt. England wird
durch diese Transaktionen mit ungeheuren Summen belastet,
den auch Rußland in Australien, Belgien in Australien und
einige südafrikanische Kolonien werden davon erfaßt. Aber
England muß diese Hilfe leisten, weil nicht eine tiefgehende
Entwertung der Rohstoffe eintreten. Trotzdem nun
England durch seine Rohstoffankäufe über stoffe Lager an
unverarbeiteter Ware verfügt, ist es doch nicht imstande, die
Fabriken in den vereinigten Königreichen ausreichend zu ver-
sorgen und ihnen volle Beschäftigung zu gewähren. Der
Mangel zwischen den Ländern, welche die Rohstoffe brau-
chen, und denen, die in der Lage sind Rohstoffe geradezu er-
ziehen, ist eines der wichtigsten Probleme der allerersten
Zukunft. Mit dem Hinweis darauf, daß künftig der Schiff-
verkehr frei verfügbar und der Verkehr auf den Weltmärkten
ungehindert sein wird, ist die Frage allein nicht gelöst. Es
sind vielmehr wirtschaftliche Uebereinkommen auf interna-
tionaler Grundlage nötig, die am besten in die Lebens-
verhältnisse selbst einzubringen sein werden. Mit dem
Friedensschlusse steht die wirtschaftliche Beteiligung wieder
ein, und eine ihrer wesentlichsten Grundlagen ist die Mög-
lichkeit einer ausreichenden und geordneten Rohstoff-
beschaffung.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 27. Dezember 1918.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ schreibt:
Freudliche Worte sind es während der Weihnachtstagen
zu revolutionären Ausbreitungen, wie vielfach be-
fürchtet wurde, nicht gekommen. Abgesehen von dem Hamb-
recht, den der Spartakusbund gegen den „Vorwärts“
ausführte und abgesehen von kleineren Zusammenstößen
zwischen Reichswehrsoldaten und Reichswehrsoldaten
hat überall in der Reichshauptstadt Ruhe geblieben.
Der „Vorwärts“ bringt an der Spitze seines Blattes
zwei Erklärungen, einmal eine solche der revolutionären
Organisations- und Vertrauensleute der Großbetriebe
Großberlins und dann eine solche der Redaktion des „Vor-
wärts“. In der Ersten empfiehlt die Verammlung der
revolutionären Organe die Beilegung des Spartakus-
bundes, sie verpflichtet sich alle Kräfte einzulassen, die
revolutionäre Bewegung weiter zu treiben und den Kampf
für den Sozialismus zu Ende zu führen. Die Veramm-
lung erklärte das Recht der Berliner Arbeiterchaft auf
den „Vorwärts“ an. Sie ist der Meinung, daß die „Vor-
wärts“-Angelegenheit in dieser revolutionären Woche so-
fort vom Volksgesundrat der Groß-Berliner Arbeiterchaft in
diesem Sinne geregelt werden müsse. In der zweiten Er-
klärung der Redaktion heißt es: Diese habe aus den Erklä-
rungen der Kommission der revolutionären Organe die
Uebereinkunft gewonnen, daß die Beilegung des Spar-
takusbundes veranlaßt werden sei. Durch diese beiden
Erklärungen wird die vorläufige Einigung und Beilegung
des Spartakusbundes der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands bekannt gegeben.

Die „Vollzeitung“ äußert sich: Auch in den Weis-
nachfeierlichkeiten hat es in Berlin nicht gegeben. Die
zahlreichen Berliner Elemente stürzten den „Vorwärts“ und
verhafteten den im Hause des „Vorwärts“ wohnenden Mi-
nister Ernst. Auch im Reiches steht es mit der öffentlichen
Ordnung und Sicherheit schlecht.
Am Abend sind ähnliche Gewalttätigkeiten vorgekommen,
wie in Berlin.

Wissen in London.

London. Präsident Wilson wurde nach seiner
Ankunft von der Bevölkerung in den unbefestigten Stra-
ßen lebhaft begrüßt und begab sich dann mit dem König
und dem Herzog von Connaught in Begleitung des Vizes
zum Buckingham-Palast. Nach halbständigen Begrüßungs-
reden der vor dem Palast versammelten Menge, erließen
Wilson auf dem Balkon, umgeben vom König, der Kö-
nigin, Prinzess Marie und dem Herzog von Connaught
und dankte der Londoner Bevölkerung für den Empfang.
London. Komte Gren wird an der Spitze einer
Abordnung des Vereins für den BSB-Bund vom Präsi-
denten Wilson Sonntag mittags in der amerikanischen
Botschaft empfangen werden.

Wilson an die Schweiz.
Bern. Präsident Wilson hat dem schweizerischen
Bundesrat auf eine von diesem ergangene Einladung zum
Besuche der Schweiz mitteilen lassen, es sei ihm augenblick-
lich noch nicht möglich zu entscheiden, ob dieser Besuch aus-
geführt werden könne. Er versichere, daß er die Einladung
auf alle Fälle als einen sehr erfreulichen Freundlichkeits-
beweis der Republik ansehe, mit der die Vereinigten Staaten
heute so freundschaftliche und herzliche Beziehungen unter-
halten hätten.

Wirtschaftsberichterstattung gegen ein deutsches Blatt.
Leipzig. Die Leipziger Zeitung „Die Leipziger Zeitung“
schreibt: Montag Nacht erschienen in der Sphäre der
Leipziger Zeitung 2 Offiziere und 1 Unteroffizier der
hiesigen sächsischen Sozialisten. Besetzung und Verlangen, da
die Redaktion bereits geschlossen war, von den mit dem Um-
brechen des Blattes beschäftigten Personen die Vorlegung
der Bücherabsätze. Nachdem diese durchgesehen waren, ent-
fernten sich die Offiziere wieder. Das Blatt erhielt gegen
diesen Eingriff in sein Druckrecht Einspruch.

Die Internationale nach London einberufen.
Bern. Die „Vollzeitung“ meldet, daß Henderson im
Chancerymen mit Quinlan und von Sol die Internationale
zum 8. Januar nach London einberufen. Der Verwal-
tungsausschuß der Sozialistischen Frankreich hat die Ein-
ladung laut „Welt Vorwärts“ angenommen.

Eine italienische Expedition nach Tripolis.
Bern. Nach Mailänder Blättern heißt in Neapel ein
Expeditionskorps zur Einschiffung nach Tripolis bereit
Verleitung der sächsischen Sozialisten.

Wien. Nach dem Neuen Wiener Tagblatt beginnt
heute in Prag der dreitägige Parteitag der sächsischen So-
zialisten. Alle drei Fraktionen wollen gemeinsam entschei-
denden Einfluß auf die Bildung der sächsisch-schlesischen
Republik nehmen, um ihr ein sozialistisches Gepräge zu geben.
Die sächsischen Sozialisten und das sächsische Element.
Bern. „Neuzeitliche de Noor“ meldet aus Paris: Die
Sozialisten würden bei Erörterung der provisorischen Aus-
scheidungsstellen von der Regierung Unterstützung über die Äußer-
ung und die innere Politik verlangen. Dies sei der erste ernste
Sturm auf das Kabinett Clemenceau, das, wie man allge-
mein glaubt, nicht erschüttert ist, noch vor Friedensschluß er-
scheitern werden kann.

Die französischen Bezirke.
Paris. Paris meldet: In der Kammer gab der
Unterstaatssekretär Abram im Laufe der Besprechung des
Vertrages über die Pensionen folgenden Bild der französischen
Armee bis zum 1. November 1918. Gefangenene der Deut-
schen, Belgischen und Serbischen 42000 Offiziere, 1 700 000
Mannschaften. Gefangene: 81 800 Offiziere und 1 048 000
Mannschaften. Gefangene sind 3000 Offiziere und 311 000 Mann.
Die Zahl der lebenden Gefangenen beträgt 8300 Offiziere
und 488 000 Mann.

Bermischtes.

Wann wird Frankreich eine Republik?
„Wann werden wir eine Republik sein?“ das ist der Titel
eines Buches, das der französische Abgeordnete und frühere
Minister Jules Roche verfaßt hat. Der Verfasser gibt
damit der Stimmung weiterer Kreise in Frankreich Ausdruck,
die besonders nach den Erfahrungen im Kriege die franzö-
sische Verfassung nicht für republikanisch halten. Als Grund-
lage für eine wirklich freiheitliche Verfassung sieht Roche die
Tatsache an, daß der Präsident von dem ganzen Volke ge-
wählt sein muß und mit der Macht der Exekutive ausge-
stattet wird. Er stellt also damit das Bestehen der Vereinig-
ten Staaten als Vorbild auf, wo der Präsident wirklich
durch den Volkswillen gewählt ist. Roche ist empört darüber,
wie sehr sich die französische Regierung der Gegenwart in
der Ausübung ihrer Gewalt von den Prinzipien der
französischen Revolution entfernt hat, und er fordert, daß
der Staatsrat und der Oberste Gerichtshof das Recht er-
halten, die Gesetze, die den Prinzipien von 1789 wider-
sprechen, nicht in Anwendung zu bringen. Der Verfasser
erklärt, daß sich unter dem freisch der Republik in
Frankreich die Chancen einiger Weniger verberge, und er-
ordert diese Frage in einem Kapitel, das die Ueberchrift hat:
„Warum manche Monarchen republikanisch sind als
die soz. französische Republik.“ Das Buch erregt in Frank-
reich großes Aufsehen, und seine Probleme werden viel-
fach erörtert.

Die Universal-Buchhülle. Einer praktischen
Damen ist es gelungen, eine Buchhülle zu konstruieren und
sich durch deutsches Reichspatent schützen zu lassen, die dem
Besitzer die angenehmen Vorteile bringt. Durch beweg-
liche Verkleidungsbänder ist es nämlich möglich, die Buch-
hülle in ausgedehntem Maße nach zu erhalten, so daß sie
als Unterlage für ein Buch oder als Schreibfläche benutz-
bar ist, also als Bes- oder Schreibhülle dienen kann. Ferner
kann man durch eine gegebenenfalls lösbare Aufhängewor-
richtung die Unterlage während des Lesens abhängen, so
daß man im Eisenbahnwagen bequem lesen oder schreiben
kann. Mit der Hülle, die aus beliebigem Stoff hergestellt
werden kann, ist eine Schreibvorrichtung verbunden sowie
eine besondere Taste zur Aufnahme von Papier.

Riesner Tageblatt

Anteblatt.

Hiermit richten wir an die geehrten Volk-
bezieher das höchste Grüßen, die Bestellung
auf Januar, Februar, März 1919

sofort

Bewirken zu wollen, damit in der Befreiung
keine Unterbrechung eintritt. Der Volkbezug-
preis frei Haus beträgt im Deutschen Reich
monatlich nur 1.50 Mfr.

Verlag des Riesner Tageblattes,
Riesa, Goethestr. 59.